

Bundesamt für Energie  
Sektion NE  
3003 Bern

per E-Mail an: [strategie-stromnetze@bfe.admin.ch](mailto:strategie-stromnetze@bfe.admin.ch)

Basel, den 13. März 2015

## **Stellungnahme zur Vernehmlassungsvorlage Strategie Stromnetze**

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Mitglieder der Interessengemeinschaft Detailhandel Schweiz (IG DHS) bedanken sich für die Möglichkeit, zur Vernehmlassungsvorlage Strategie Stromnetze Stellung nehmen zu können. Die IG DHS bringt die gemeinsamen wirtschaftspolitischen Interessen der Schweizer Unternehmen Charles Vögele, Coop, Denner, Manor, Migros und Valora in den Meinungsbildungsprozess ein.

Grundsätzlich unterstützt die IG DHS die Stossrichtung der Vorlage und die damit anvisierten Ziele. Vor allem die geordnete Bedarfsermittlung für Netzprojekte (Mehrjahrespläne) und die Massnahmen zur Beschleunigung der Bewilligungsverfahren erachten wir als zielführend.

**Zweck des Stromversorgungsgesetzes ist nach Art. 1 Abs. 1 StromVG, die Voraussetzungen für eine sichere Elektrizitätsversorgung (Versorgungssicherheit) und einen wettbewerbsorientierten Elektrizitätsmarkt zu schaffen. Die IG DHS fordert daher, dass dort, wo kein Wettbewerb möglich ist, die Maxime der Kosteneffizienz gelten soll.** Diese Überlegungen führen die IG DHS zu folgender Grundhaltung:

1. Die Zuteilung des Messwesens zum Netz verhindert Wettbewerb und Kosteneffizienz.
2. Die explizite Erwähnung der Technologie „intelligente Messsysteme beim Endverbraucher“ ist auf Gesetzesstufe falsch angesiedelt und in diesem Fall auch unzweckmässig.
3. Dem Aspekt der Kosteneffizienz wird generell zu wenig Rechnung getragen.

### **Antrag zu Punkt 1:**

Die Erwähnung des Messwesens unter Art. 15 StromVG ist zu streichen. Dafür ist an geeigneter Stelle in der Gesetzesvorlage festzuhalten, dass das Messwesen dem Wettbewerb untersteht und die Netzbetreiber verpflichtet sind, Dritten diskriminierungsfrei den Zugang zum Messwesen zu gewähren.

In der Gesetzesvorlage wird in Art. 15 StromVG, bei dem es um die anrechenbaren Netzkosten geht, in Abs. 1 und 2 neu auch das Messwesen bzw. intelligente Messsysteme beim Endverbraucher aufgeführt. Dies erachtet die IG DHS als grundsätzlich falsch.

Beim Netz handelt es sich um ein natürliches Monopol, bei dem Wettbewerb unerwünscht und daher vom Gesetz ausgeschlossen wurde. Beim Messwesen hingegen besteht kein natürliches Monopol und der Wettbewerb ist seitens StromVV auch entsprechend vorgesehen. In der Vergangenheit hat

die EICom denn auch mehrfach darauf hingewiesen, dass Netzbetreiber dritte Messdienstleister zulassen müssen. Das BFE geht ebenfalls davon aus, dass dritte Messdienstleister im Markt tätig sind und zugelassen werden sollen. Dass Wettbewerb im Messwesen gut funktioniert, zeigt im Übrigen auch das Beispiel Deutschland, wo das Metering bereits seit einigen Jahren liberalisiert ist.

Mit der vorgeschlagenen Anrechenbarkeit von Messkosten an die Netzkosten wird das Messwesen aber dem Wettbewerb entzogen, indem für Netzbetreiber und unabhängige Messdienstleister ungleiche Spiesse geschaffen und somit dritte Messdienstleister diskriminiert werden. Die Gesetzesvorlage widerspricht damit dem unter Art. 1 Abs. 1 StromVG postulierten marktwirtschaftlichen Ansatz.

**Antrag zu Punkt 2:**

Die Erwähnungen von sogenannten „intelligenten Messsystemen beim Endverbraucher“ ist aus Art. 15 Abs. 1 und 2 der Gesetzesvorlage zu streichen.

Nach Meinung der IG DHS ist die explizite Erwähnung der Technologie „intelligente Messsysteme beim Endverbraucher“ auf Gesetzesstufe grundsätzlich falsch angesiedelt und in diesem Fall auch höchst unzweckmässig.

Mit der Zunahme der dezentralen Produktion und der damit verbundenen regelungstechnischen Anforderungen muss das Netz intelligenter werden. Dies wird aber nicht mit dem Ausrollen von „intelligenten Messsystemen“ bzw. Smart Meters beim Endverbraucher erreicht. Smart Meters können künftig eine Kommunikationsschnittstelle zwischen Erzeugungseinheiten, Netzmanagement und einzelnen Verbrauchsgeräten bilden. Die Smart Meters wären ein einzelnes Glied in einer Kette, das zusammen mit einem ganzheitlichen Konzept zu einem Smart Grid führen könnte.

Zur Zeit besteht kein Konzept, wie mit dem sehr grossen zu erwartenden Datenvolumen umgegangen werden soll, welche Einheiten in welcher Art miteinander kommunizieren sollen, wie die Informationssicherheit und der Datenschutz gewährleistet werden soll, wie zwischen den unterschiedlichen Interessen vermittelt wird, wem der Nutzen zugutekommt und wie dieser sich überhaupt manifestiert.

Als Einzelmassnahme eingesetzt entsteht mit Smart Metering noch kein Nutzen. Mehrere Studien und Feldversuche in der Schweiz und in Deutschland haben gezeigt, dass mit der alleinigen Einführung von Smart Meters praktisch keine Energie eingespart werden kann, die Kosten jedoch signifikant sind.

Abgesehen davon, dass es weder eine technische noch eine Legaldefinition von einem „intelligenten Messsystem“ gibt und ein solches als Einzelmassnahme unzweckmässig ist, ist die Erwähnung auf Gesetzesstufe unangemessen.

**Antrag I zum Punkt 3:**

Der Zweck des StromVG in Art. 1 ist um den Aspekt der Kosteneffizienz zu ergänzen. Dort wo kein Wettbewerb möglich ist, wie beispielsweise im Netzbereich, soll die Maxime der Kosteneffizienz gelten. Die Gesetzesvorlage ist im Hinblick auf diese Anforderung nochmals grundsätzlich zu überprüfen.

Die Versorgungssicherheit dient den Endverbrauchern, die auch die Kosten für alle hierfür vorgesehenen Massnahmen tragen. Auf diese Kosten können die Endverbraucher keinen Einfluss nehmen, weshalb es Aufgabe des Gesetzgebers ist, die Voraussetzungen nicht nur für eine sichere, sondern auch für eine kosteneffiziente Elektrizitätsversorgung zu schaffen. Wo immer es zielführend ist, sollen Bereiche der Elektrizitätsversorgung dem Wettbewerb zugeführt werden, so zum Beispiel bei der Produktion, der Vermarktung und der Messung. Dies führt einerseits zu Kosteneffizienz und auch zu Innovationen. In den Bereichen aber, wo kein Wettbewerb möglich ist oder die Anrechenbarkeit von Kosten festgelegt wird, soll die Maxime der Kosteneffizienz gelten.

In der vorliegenden Gesetzesvorlage wird dem Aspekt der Kosteneffizienz unserer Ansicht nach zu

wenig Rechnung getragen. In der Gesetzesvorlagen wurde beispielsweise in Art. 15 der Umfang der anrechenbaren Kosten grosszügig erweitert: Kosten für „intelligente Messsysteme beim Endverbraucher“ (geschätztes Investitionsvolumen von 900 Mio. CHF), Kosten für „Informationsmassnahmen“, Kosten für „innovative Massnahmen für intelligente Netze“. Diese Kosten werden auf die Endverbraucher überwältzt, ohne dass diese Einfluss nehmen und – so ist zumindest zu befürchten – auch keinen Nutzen aus den von ihnen finanzierten Massnahmen ziehen können. Solche Investitionsgarantien auf Kosten der Endverbraucher lehnt die IG DHS ab, da sie den freien Wettbewerb aushebeln, Tür und Tor für Intransparenz sowie für ineffiziente und überteuerte Investitionen öffnen.

**Antrag II zum Punkt 3:**

Die Anrechenbarkeit an die Netznutzung von „gesetzlich vorgeschriebenen intelligenten Messsystemen beim Endverbraucher“ (Smart Meters), von „Informationsmassnahmen“ und von „innovativen Massnahmen“ ist ersatzlos aus der Vorlage zu streichen.

Neben den obigen Punkten finden Sie beiliegend den von uns ausgefüllten Fragekatalog.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für allfällige Fragen und ergänzende Auskünfte stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

**Roland Stadler**

Fachbereichsleiter Elektrizitätsbeschaffung  
Migros-Genossenschafts-Bund

**Thomas Mahrer**

Leiter Wirtschaftspolitik  
Coop Genossenschaft



Beilage:

- IG DHS Antworten zum Fragenkatalog "Strategie Stromnetze – Vernehmlassungsvorlage"

# Strategie Stromnetze

## Vernehmlassungsvorlage

### Fragenkatalog

Antwortende Organisation:

**IG DHS**

Interessengemeinschaft  
Detailhandel Schweiz

#### Inhalt

Szenariorahmen .....	2
Bedarfsermittlung .....	3
Nationales Interesse .....	6
Räumliche Koordination .....	6
Bewilligung Projekte .....	7
Überprüfung Kosteneffizienz .....	10
Öffentlichkeitsarbeit .....	11
Geodaten .....	11

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen:

- Nur eine Antwort pro Frage ankreuzen
- Doppelklick auf Kästchen und anschliessend "Aktiviert" anklicken.

## Szenariorahmen

1. Sind Sie damit einverstanden, dass der energiewirtschaftliche Szenariorahmen zukünftig als verbindliche Vorgabe für die Netzplanung durch die Netzbetreiber gesetzlich verankert werden soll?

*Art. 9a Abs. 1 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die IG DHS begrüsst ausdrücklich die Tatsache, dass bei der Netzplanung nicht beliebige Wunschscenarien angenommen werden können, sondern dass von der wahrscheinlichsten energiewirtschaftlichen Entwicklung ausgegangen werden muss (*Art. 9a Abs. 2 StromVG*). Zumindest zum angenommenen Szenario, das für eine weitere Zeitspanne von 10 Jahren entwickelt werden soll, gehört deshalb eine objektiv begründete Aussage zur Wahrscheinlichkeit des Eintretens.

2. Sind Sie damit einverstanden, dass eine fixe Periodizität für die Überprüfung und die Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens gesetzlich verankert wird?

*Art. 9a Abs. 4 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Eine fixe Periodizität gibt ein gewisses Mass an Planungssicherheit, welches erforderlich ist. Die IG DHS begrüsst zudem ausdrücklich die Möglichkeit, bei nicht erwarteten Entwicklungen den Szenariorahmen in kürzeren Intervallen den aktuellen Gegebenheiten anzupassen.

3. Sind Sie damit einverstanden, dass 5 Jahre die richtige Periodizität für die Überprüfung und Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens ist?

*Art. 9a Abs. 4 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Da es bei nicht erwarteten Entwicklungen möglich ist, den Szenariorahmen in kürzeren Intervallen den aktuellen Gegebenheiten anzupassen, sind 5 Jahre angemessen.

## Bedarfsermittlung

4. Sind Sie damit einverstanden, dass das N-O-V-A-Prinzip (Netz-Optimierung vor -Verstärkung vor -Ausbau) als Teil der technischen Netzplanungsgrundsätze gesetzlich verankert wird?

*Art. 9d Abs. 2 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

**Bemerkungen:**

Maxime des NOVA-Prinzips muss die Kostenoptimierung sein. Demnach sollen Optimierungen günstiger sein als Verstärkungen und diese wiederum günstiger als Ausbauten. Die IG DHS beantragt, in diesem Absatz explizit Bezug auf die Kosteneffizienz zu nehmen.

5. Sind Sie mit der Definition des Einspeisepunktes für neue Produktionsanlagen einverstanden?

*Art. 9c StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

**Bemerkungen: -**

Die IG DHS begrüsst insbesondere Abs. 2, der den technisch und wirtschaftlich günstigsten Einspeisepunkt stipuliert. Sie geht davon aus, dass hierbei die Sicht der Stromkunden eingenommen wird.

Im Rahmen der Entwicklungen des Demand Response ist zu überprüfen, ob die Definitionen des Einspeisepunktes mit diesen neuen innovativen Konzepten kompatibel sind oder sich allenfalls innovationshemmend auswirken.

6. Sind sie damit einverstanden, dass die Netzbetreiber der Netzebenen 3-7 bei der Bedarfsermittlung für einen angemessenen Einbezug der betroffenen Kantone, Gemeinden sowie weiterer Betroffene zu sorgen haben?

*Art. 9e Abs. 2 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

**Bemerkungen:**

Der Kreis der "weiteren Betroffenen" scheint nicht definiert zu sein. Die Endverbraucher sind explizit aufzuführen, da diese im gegenwärtig praktizierten Ausspeisemodell als Einzige die Netzkosten tragen. Der Einbezug von "betroffenen" Endverbrauchern muss auch über den Einbezug von Verbraucherorganisationen möglich sein. Die IG DHS beantragt, den Gesetzestext dahingehend zu ändern.

In Bezug auf Artikel 9d Abs. 2 (Netzplanung) und Artikel 9e (Koordination der Planung) ist das Thema "Demand Side Management" und die Speichermöglichkeiten mit in die Szenarien für den Netzausbau aufzunehmen. Unternehmen, die in diesem Bereich Dienstleistungen erbringen, sind in den Prozess der Planung der Netze einzubinden.

7. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird?

*Art. 9b Abs. 1 StromVG*

*Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Nur so kann ein gewisser Zwang und eine Kontinuität in den Prozess eingebracht und somit dafür gesorgt werden, dass die Kontrollinstanz die Daten zum erforderlichen Zeitpunkt erhält. IG DHS ist aber explizit nicht einverstanden mit der ElCom als ex ante Prüfinstanz! (siehe dazu auch Frage 9.)

8. Falls 7: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist von 9 Monaten gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

*Art. 9b Abs. 1 StromVG*

*Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: -

9. Sind Sie damit einverstanden, dass die ElCom zukünftig die Mehrjahrespläne der Netzbetreiber prüfen und eine schriftliche Stellungnahme abgeben muss?

*Bemerkung: Gemäss Art. 6 Abs. 1 lit. a StromVV sind die Verteilnetzbetreiber für Netze mit einer Spannung von 36 kV (Netzebenen 5 und 7) und weniger von der Erstellung von Mehrjahresplänen befreit, dementsprechend sind nur die Übertragungsnetzbetreiber und die Verteilnetzbetreiber betreffend die Netzebene 3 zur Erstellung von Mehrjahresplänen verpflichtet.*

*Art. 22 Abs. 2<sup>bis</sup> StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)*

☐ Ja   ☒ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Gemäss Art. 8 Abs. 2 StromVG sind Netzbetreiber zur Gewährleistung eines sicheren, leistungsfähigen und effizienten Netzes verpflichtet, Mehrjahrespläne zu erstellen. Gemäss Abs. 3 müssen sie die ElCom über den Betrieb und die Belastung der Netze und ausserordentliche Ereignisse orientieren.

Art. 4 Abs. 2 EnG legt die Verantwortung für die Energieversorgung in die Hände der Energiewirtschaft. Die Netzbetreiber tragen damit ein gewisses Risiko, welches sie nicht delegieren können und in ihrer Planung berücksichtigen sollten.

Die ElCom überwacht die Versorgungssicherheit im Strombereich. Sie ist gemäss eigenen Angaben (Bericht zur Versorgungssicherheit vom 12.06.2014) "verpflichtet, die Entwicklung

der Elektrizitätsmärkte im Hinblick auf eine sichere und erschwingliche Versorgung zu überwachen. Aus diesem Grund wertet sie in ihrem Monitoring unter anderem Messgrößen aus den Bereichen Netz und Produktion aus. In Bezug auf den Systembetrieb des Übertragungsnetzes kommt die ElCom zum Schluss, dass sich die wichtigsten technischen Beobachtungsgrößen über die letzten drei Jahre positiv entwickelt haben und die Versorgungssicherheit insgesamt als gut zu betrachten ist."

Das bedeutet, dass Netzbetreiber und ElCom die ihnen bisher zugewiesenen Aufgaben erfüllen. Der IG DHS ist zudem nicht bekannt, dass die heutige Praxis der ElCom jemals dazu geführt hätte, dass Ausbauprojekte nicht realisiert werden konnten. Es entsteht der Eindruck, dass hier ein bisher gar nicht bestehendes Problem gelöst werden soll.

Es gibt keinen Grund, weshalb die ElCom in die Kompetenz der Netzbetreiber eingreifen soll, solange diese ihre Aufgabe wahrnehmen. Es ist nicht an der ElCom, ex ante zu entscheiden, was für den Netzausbau notwendig ist. Falls die Versorgung gefährdet ist, kann der Bundesrat gem. Art. 9 Abs. 1 lit. c bereits heute in die Kompetenz der Netzbetreiber eingreifen und Netzausbauten verfügen.

Die Tatsache, dass die ElCom ex post die anrechenbaren Kosten für den Netzausbau überprüfen *kann*, hält die Netzbetreiber weiterhin zu einer vorsichtigen Planung an. Eine ex ante Überprüfung durch die ElCom erfordert nicht nur eine wesentliche Aufstockung der personellen Ressourcen, sondern verhindert auch ex post Korrekturen, weil die ElCom in ihrer Funktion als richterliche Behörde unweigerlich befangen wird. Zudem dürfte die ElCom gar nicht über die erforderlichen Basisdaten für eine kompetente ex ante Beurteilung von Mehrjahresplänen verfügen.

De facto würde die vorgeschlagene Lösung vor allem in der Cost-Plus-Regulierung mit dem heute praktizierten Ausspeisemodell den falschen Anreize setzen, möglichst üppig dotierte Mehrjahrespläne einzureichen, in der Hoffnung, dass diese von der ElCom nicht allzu sehr zusammengestrichen werden.

Ungelöst ist zudem die Frage der Haftung bei Stromausfällen, wenn die ElCom entscheiden sollte, was nun ausgebaut und angerechnet werden darf und was nicht.

Aus all diesen Gründen ist die IG DHS dezidiert gegen einen Einbezug der ElCom in einer ex ante Vorprüfungs-Stufe. Die IG DHS ist ganz grundsätzlich gegen eine solche ex ante Vorprüfung, da sie nicht notwendig ist und mehr Probleme schaffen würde, welche vorher nicht bestanden.

**FAZIT: IG DHS beantragt die Streichung des Art. 22 Abs. 2bis StromVG.**

10. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird (nach Einreichung)?

*Art. 22 Abs. 2<sup>bis</sup> StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)*

☐ Ja    ☐ Nein    ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wie bereits unter Frage 9 ausgeführt, erachtet die IG DHS eine ex ante Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom, resp. eine ex ante Prüfung per se im Grundsatz als falsch (siehe Bemerkung unter Fragen 7 und 9). Infolgedessen stellt sich die Frage der Frist nicht.



11. Falls 10: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist von 9 Monaten nach Einreichung gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

*Art. 22 Abs. 2<sup>bis</sup> StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)*

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die IG DHS ist mit einer Frist zur Überprüfung einverstanden, nicht aber mit deren Durchführung durch die ElCom (siehe dazu Frage 7, 9 und 10).

## Nationales Interesse

12. Erachten Sie es als zielführend, dass die Anlagen des Übertragungsnetzes von Gesetzes wegen von nationalem Interesse sind und der Bundesrat weiteren Anlagen der Verteilnetze von hoher Spannung (Netzebene 3) eine Bedeutung von nationalem Interesse zuerkennen kann?

*Art. 15d Abs. 2 und 3 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.3 sowie 2.1*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Es besteht in erster Linie ein grundsätzliches, nationales Interesse an einer effizienten und ausreichenden Stromversorgung.

Übertragungsleitungen der Netzebene 3 sind als "von nationalem Interesse" einzustufen. Mit dieser gesetzlich verankerten Einstufung soll unter anderem die dringend benötigte Verfahrensbeschleunigung erreicht werden.

Allerdings ist in jedem Einzelfall dafür zu sorgen, dass bei der Interessensabwägung bei solchen Anlagen sichergestellt wird, dass nicht Partikularinteressen ein zu grosses Gewicht gegenüber den anderen öffentlichen Interessen erhalten.

## Räumliche Koordination

13. Sind Sie damit einverstanden, dass für die Erstellung von Leitungen der Netzebene 1 auch in Zukunft grundsätzlich ein Sachplanverfahren durchgeführt werden muss?

*Art. 15e EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.4 sowie 2.1*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Trassen auf NE1-3 haben praktisch immer erhebliche Auswirkungen auf Raum und Umwelt. Deshalb darf auch die gewünschte und erforderliche Verschlinkung der Verfahren nicht zu einer Aushebelung der grundsätzlichen Kontroll- und Korrekturmechanismen führen.

14. Erachten Sie es als notwendig, dass das bisher auf Verordnungsebene geregelte 2-stufige Sachplanverfahren (1. Schritt: Festsetzung Planungsgebiet, 2. Schritt: Festsetzung Planungskorridor und Bestimmung Übertragungstechnologie) neu auf Stufe Gesetz festgehalten wird? (bisher: Art. 1a – 1d der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen; SR 734.25; VPeA)

*Art. 15e – 15 j EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.2.4 sowie 2.1*

☒ notwendig ☐ nicht notwendig ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Grundsätzlich ja, denn eine Verordnung kann und darf nur im übergeordneten gesetzlichen Rahmen Detailregelungen treffen, wie das Bundesverwaltungsgericht in Sachen Stromgesetzgebung auch schon festgehalten hat.

## Bewilligung Projekte

15. Erachten Sie es als zielführend, wenn für die Bewilligung von Leitungen des Übertragungsnetzes eine direkte Zuständigkeit des BFE vorgesehen wird?

*Bemerkung: Im Rahmen der Strategie Stromnetze ist bislang noch keine Anpassung des betreffenden Artikels (Art. 16 Abs. 2 lit. b EleG) vorgesehen, sodass das BFE auch für Leitungen des Übertragungsnetzes (Netzebene 1) nur zuständig wird, sofern das Eidgenössische Starkstrominspektorat ESTI Einsprachen nicht erledigen oder Differenzen mit den beteiligten Bundesbehörden nicht ausräumen konnte.*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die IG DHS erachtet die Zuständigkeit des BFE für die Bewilligung von Leitungen als nicht zielführend. Diese Tätigkeit ist weiterhin durch das ESTI als Fachgremium und als 1. Instanz wahrzunehmen.

16. Halten Sie es für notwendig, dass Leitungstrassen zur Sicherstellung von Aus- oder Umbauten einer bestehenden Leitung langfristig mit Baulinien gesichert werden können?

*Art. 18b EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die IG DHS erachtet dies als zwingend erforderlich – analog zu den Nationalstrassen. Dabei sollen betroffene Grundeigentümer Antrag auf Aufhebung der Projektierungszonen stellen können, wenn diese obsolet geworden sind (Art. 18a Abs. 2 EleG).

17. Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, dass das BFE verwaltungsexterne Personen mit der Durchführung von Plangenehmigungsverfahren beauftragen kann?

*Art. 17a EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Das BFE soll nichts mit dem Plangenehmigungsverfahren zu tun haben (siehe Bemerkungen unter Punkt 15). Dieses soll nach wie vor beim ESTI bleiben, welches bereits seit Jahrzehnten über die nötige Fachkompetenz verfügt.

Es kann hingegen durchaus zielführend sein, dass das BFE bei *anderen* Aufgaben bei Bedarf verwaltungsexterne Personen für die Erledigung seiner Aufgaben hinzuzieht.

18. Ist es aus Ihrer Sicht zielführend, dass die Genehmigungsbehörde auf Antrag der Übertragungsnetzbetreiberin Massnahmen auf unteren Netzebenen (wie Bündelung, Verkabelung) anordnen kann?

*Art. 15b Abs. 2 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Anordnung von solchen Massnahmen könnte zielführend sein, sofern sie von allgemeinem Interesse sind. Im Gesetzestext fehlt jedoch die Angabe von Gründen/Kriterien solcher Massnahmen oder von deren Randbedingungen. Z.B. sollten Anlagen auf tieferen Spannungsebenen möglichst erst am Ende ihrer Lebensdauer verkabelt werden, wenn ohnehin grössere Erneuerungen anstehen. Die Kriterien soll der Bundesrat regeln.

19. Sind Sie der Meinung, dass ein Mehrkostenfaktor (Mehrkosten der Realisierung von Leitungsprojekten als Kabelvariante anstatt als Freileitung) eine geeignete und effiziente Massnahme für einen zeitgerechten Aus- und Umbau der Verteilnetze (NE 3-7) darstellt ?

*Art. 15c EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: -

20. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Mehrkostenfaktor eine gesetzliche Obergrenze festgelegt wird und die Festlegung des Mehrkostenfaktors unter Berücksichtigung definierter Kriterien (Verkabelungsgrad, Netznutzungsentgelt, Technologieentwicklung, Kosten Erdverkabelung) an den Bundesrat delegiert wird?

*Art. 15c Abs. 2 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Grundsätzlich ja, aber es muss sichergestellt sein, die aufgeführten Kriterien tatsächlich nach ingenieurstechnischen, physikalischen und betriebswirtschaftlichen Kriterien und damit objektiv, nachvollziehbar und messbar festgelegt werden. Jegliche politisch und/oder ideologisch geprägten Faktoren, oder solche die Partikularinteressen dienen, sind hier strikte auszuschliessen.

21. Sind Sie mit der in Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG formulierten Ausnahmeregelung bei der Festlegung des Mehrkostenfaktors einverstanden?

*Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die in Art. 15c Abs. 3 beabsichtigte "erhebliche Entlastung" ist im vorgeschlagenen Gesetzestext ungenügend definiert und kann so nicht als transparentes, quantifizierbares und reproduzierbares Entscheidungskriterium dienen. Zumindest muss deshalb im Verordnungstext für die von uns geforderte Konkretisierung gesorgt werden.

22. Sollten aus Ihrer Sicht weitere Massnahmen zur Optimierung/Beschleunigung der Bewilligungsverfahren ergriffen werden?

(Wenn Ja, bitte konkrete Vorschläge angeben)

☐ Ja   ☐ Nein   ☒ keine Stellungnahme

Konkrete Vorschläge / Bemerkungen:

----

## Überprüfung Kosteneffizienz

23. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kosten der Netzbetreiber für Informationsmassnahmen anrechenbar sind?

*Art. 15 Abs. 2 Bst. d StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)*

☐ Ja   ☒ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

a) Die Frage gehört vielmehr zur Thematik "Öffentlichkeitsarbeit". Eine kosteneffiziente Umsetzung würde bedeuten, dass man die zahlreichen, bereits bestehenden Kommunikationskanäle für die Anliegen der Versorgungssicherheit nutzt.

b) Es handelt sich bei diesem Vorschlag um eine zusätzliche Gebühr, die das BFE auf dem Übertragungsnetz für Informationsmassnahmen im Bereich Stromnetze erheben will, einerseits für eigene Informationsmassnahmen, andererseits um entsprechende Informationsmassnahmen der Kantone und Netzbetreiber abzugelten. Der beabsichtigte Umfang und die Kosten der angedachten Kommunikationsmassnahmen sind aber nirgends deklariert. Hier wird wieder eine neue Tür für die (unnötige) Erhebung von weiteren Gebühren auf Kosten der Endverbraucher geöffnet.

Die IG DHS ist klar der Meinung, dass bei Bund, Kantonen und Netzbetreibern bereits mannigfaltige Kommunikationskanäle existieren, die für die Bekanntmachung der Anliegen einer zuverlässigen Stromversorgung genutzt werden können. Daher braucht es keine Neuen!

Eine "carte blanche" für Informationsmassnahmen zu Gunsten des Netzausbaus auf Kosten der Endverbraucher ist deshalb unter keinen Umständen angebracht, nicht zuletzt auch deshalb, weil eine saubere Abgrenzung zu anderen energiepolitischen Themen nicht gewährleistet werden kann und teilweise auch nicht möglich sein wird.

Es liegt im Interesse derjenigen Netzbetreiber, die ein Bauvorhaben realisieren wollen, zielgerichtete projektbezogene Informationsveranstaltungen durchzuführen, um Einsparungen zu minimieren.

Die IG DHS fordert, dass die Anrechenbarkeit an die Netznutzung von "Informationsmassnahmen" ersatzlos aus der Vorlage gestrichen wird.

24. Inwiefern erachten Sie die Anrechenbarkeit von Kosten innovativer Massnahmen für intelligente Netze (bspw. Smart Grids) vor dem Hintergrund der Energiestrategie 2050 des Bundesrates als zielführend?

*Art. 15 Abs. 3 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)*

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien bringen immer auch mehr Intelligenz in die Stromnetze. Beispielsweise werden heute in der Regel keine neuen Zähler installiert, die nicht bereits "smart" sind, auch wenn diese Funktionen noch lange nicht überall genutzt werden.

Sofern die innovativen Massnahmen der Zuverlässigkeit und Effizienz des Netzbetriebs dienen ("Intelligenz statt Kupfer"), sind die Kosten für solche Geräte schon unter der bestehenden Gesetzgebung anrechenbar, wenn sie bedarfsgerecht eingebaut bzw. im normalen Erneuerungszyklus ausgetauscht werden. Dafür braucht es aber gar keine Gesetzesänderung.

Unklar ist aber, was genau mit "innovativen Massnahmen" alles gemeint sein kann und ob diese Massnahmen Dienstleistungen und Businessmodelle mit einschliessen, die ebenso gut durch freie Akteure auf dem Markt erbracht werden.

Kosten für innovative Massnahmen dürfen nicht anrechenbar sein, wenn die damit umgesetzten Massnahmen für die Erbringung neuer Dienstleistungen im Monopolbereich der Netzbetreiber eingeführt werden und gleichzeitig Mitbewerber vom Erbringen konkurrierender Dienstleistung abgehalten werden. Die IG DHS beantragt demzufolge, dass

der vorgeschlagene Gesetzestext (Art. 15 Abs. 3) angepasst und die Anrechenbarkeit an die Netznutzung von "innovativen Massnahmen" ersatzlos gestrichen wird.

## Öffentlichkeitsarbeit

25. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Verankerung der Kompetenz des Bundes und der Kantone zur Information der Öffentlichkeit über zentrale Aspekte der Netzentwicklung und über die Mitwirkungsmöglichkeiten?

*Art. 9f StromVG*

*Erläuternder Bericht 2.2 (Netzentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit)*

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Damit Bund und Kantone die Öffentlichkeit über zentrale Aspekte der Netzentwicklung informieren, braucht es keine gesetzlich verankerte Sonderfinanzierung für Stromnetze. Wie unter Punkt 23 ausgeführt, können die bereits heute existierenden mannigfaltigen Kanäle genutzt werden.

Gemäss dem vorgeschlagenen Art. 9e Abs. 4 werden "weitere Betroffene" in den Planungsprozess einbezogen, wobei wir hier zum Begriff "weitere Betroffene" eine Neuformulierung fordern (siehe Frage 6). Es ist sicherzustellen, dass diese gezielt, umfassend und ausreichend informiert werden.

## Geodaten

26. Erachten Sie es als sinnvoll, dass das BFE eine Gesamtsicht der elektrischen Anlagen erstellt und diese der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt?

*Art. 26a EleG*

*Erläuternder Bericht 2.1 sowie 5.5*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Im Sinne einer Gesamtschau, aus der ersichtlich wird, welche Netzausbauten für eine sichere Versorgung notwendig sind, ist der Vorschlag zu begrüßen.